

Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM 2007

Mehr und bessere Beschäftigung, ökologischer
Umbau und soziale Gerechtigkeit –
Demokratische Wirtschaftspolitik statt
Aufschwungtaumel

PapyRossa Verlag

3. Trotz Aufschwung: Nichts Neues im Osten

Ostdeutschland ist längst auf einen ökonomischen Entwicklungsweg eingeschwenkt, der im Wertschöpfungsbereich zu keiner weiteren Angleichung im ost-westdeutschen Leistungsniveau je Einwohnerin und Einwohner führt, sondern die Differenzen in der innerdeutschen Produktivitäts- und Einkommensentwicklung weiter verschärft und die Vorbedingungen für eine Rückführung der West-Ost-Transferleistungen durch höhere regionale Wertschöpfung nicht herstellt. Industrielle Struktur- und Potenzialdefizite verfestigten sich, die Wohnbevölkerung verringert sich dramatisch, und subregionale Verödungsprozesse breiten sich aus. Im Gefolge der Finanzkrise der regionalen Gebietskörperschaften kommt es zu einem verbreiteten kommunalen, kulturellen und sozialen Rückbau. Ein Wechsel in der Wirtschaftspolitik zur Korrektur der neoliberalen Rahmenbedingungen und deren Folgen ist nicht in Sicht.

3.1 Zur Lage in Ostdeutschland

An ihre früheren Verheißungen über die Entwicklung Ostdeutschlands erinnert sich die schwarz-rote Bundesregierung im Jahre 2007 faktisch nicht mehr. Man setzt vielmehr offiziell die „Aufbaupolitik Ost“ weiter fort, die aktuell keinen hinreichenden „Angleichungsprozess Ost-West“ in der Wirtschaftskraft und beim Einkommen pro Einwohnerin und Einwohner vorsieht. Die Erwartung der politischen Eliten Deutschlands zielt inzwischen auf eine differenzierte bzw. fragmentierte Entwicklung, bei konjunkturell insgesamt mehr oder weniger an Westdeutschland angenäherten Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den begünstigten Teilen Ostdeutschlands. Letzteres schließt einen verstetigten Angleichungsprozess aus.

Der Ost-West-Konvergenzprozess ist, gemessen an der realen Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt je Einwohnerin und Einwohner) in den letzten zehn Jahren nicht mehr wesentlich vorangekommen. Im Jahre 2006 belief sich das ostdeutsche Pro-Kopf-Niveau des

Bruttoinlandsprodukts je Einwohnerin und Einwohner auf 67 Prozent des westdeutschen. Entsprechend hat sich der ostdeutsche Anteil am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt nicht erhöht. Ursache hierfür sind die in den letzten Jahren zu geringen Investitionen in Ostdeutschland, besonders im Produzierenden Gewerbe. Hier sprechen die Daten im „Jahresbericht zur deutschen Einheit 2006“ (Jahresbericht, S. 169) eine deutliche Sprache: Die gesamten Investitionen in neue Anlagen sind in der ostdeutschen Wirtschaft insgesamt sowie speziell im Produzierenden Gewerbe seit 1997 deutlich rückläufig, bei leichten Schwankungen im Verarbeitenden Gewerbe. Ein stabiler Investitionsimpuls für eine im Vergleich zu Westdeutschland höhere Wachstumsrate fehlte – wodurch der erhoffte Angleichungsprozess in der Wirtschaftskraft ausblieb. Die Chancen auf ein solides und stetiges Wachstum in Ostdeutschland sanken immer weiter. In der Folge war ein offenes oder unterschwelliges Bestreben mancher Politikerinnen und Politiker zu beobachten, das Verfassungsgebot der föderalen solidarischen Angleichungsförderung umzudeuten oder ganz zu ignorieren.

Die Regierungspolitik sollte endlich die Realität zur Kenntnis nehmen: Ostdeutschland wird langfristig eine unterentwickelte Großregion sein. Die wenigen hochproduktiven Standorte ähneln mehr den „Kathedralen in der Wüste“; es gelingt nicht oder nur sehr langsam, andere vor- oder nachgelagerte Wirtschaftseinheiten clusterartig anzusiedeln. Die durchgängige wirtschaftliche Schwäche der ostdeutschen Regionen wird zum Dauerproblem, wenn nicht eine radikale Kurskorrektur von Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik eingeleitet wird.

3.2 Einige Hauptaussagen der Bundesregierung im Jahresbericht 2006

Nach Angaben der Bundesregierung (Jahresbericht 2006, S. 8) wurden seit der Vereinigung mehr als 250 Mrd. Euro an direkter „Aufbauhilfe Ost“ aufgebracht; weitere 156 Mrd. Euro hat die Bundesregierung mit dem Solidarpakt II für den Zeitraum zwischen 2005 und

2019 zugesagt. In den knapp dreißig Jahren seit der innerdeutschen Währungsunion bis zum Jahre 2019 werden also insgesamt 406 Mrd. Euro als direkte Aufbauhilfe allein für die ostdeutsche Region zur Verfügung stehen, also im Schnitt fast 14 Mrd. Euro pro Jahr. Davon entfallen auf die letzten 15 Jahre bis 2019 durchschnittlich nur noch ca. 10 Mrd. Euro jährlich, aber mit stark fallender Tendenz ab 2009.

Damit ist die „Sonderförderung Ost“ von dem sonst oft nur summarisch aufgeführten Brutto-Transfer von West nach Ost regierungs-offiziell abgegrenzt. Die erwähnten Angaben bilden den Kern der staatlichen investiven West-Ost-Transfers im öffentlichen und privaten Sektor der Wirtschaft, die unter dem Motto „Aufbauhilfe Ost“ stehen. Sie sollten den noch bestehenden erheblichen Leistungsrückstand in den neuen Bundesländern verringern. Nach der im Solidar-pakt II zu findenden Vorstellung von 2002 würde dies schließlich den Wegfall der Notwendigkeit einer speziellen „Aufbauförderung Ost“ durch den Bund bedeuten.

Zur Begründung heißt es im Jahresbericht: „Mit dem Aufbau Ost unterstützt die Bundesregierung seit 1990 für ein knappes Viertel ihres Landes den notwendigen Neuaufbau, um die Folgen der Teilung und staatlicher Misswirtschaft abzuarbeiten.“ (S. 8) Dies lenkt vom volkswirtschaftlich verheerenden Ergebnis ab, das die Treuhand in Bezug auf das ostdeutschen Industrieleistungsniveau nach 1988/89 zu verantworten hatte und das jede „selbst tragende Entwicklung“ im Langzeitraum verhinderte. Im Jahresbericht wird dieses Faktum jedoch konsequent ausgeblendet und durch den Euphemismus „ist ein selbst tragender Aufschwung noch nicht erreicht“ (S. 9) bemäntelt.

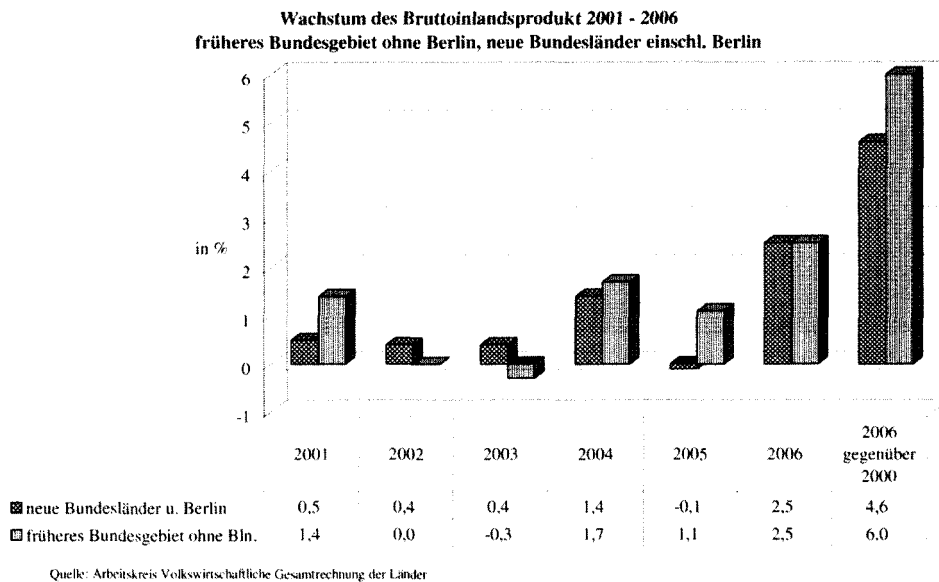
Der erreichte ostdeutsche Stand bei den wichtigen volkswirtschaftlichen Kennzahlen zeigt für 2005 Folgendes (Westdeutschland = 100):

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/in	69,5 Prozent
Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde	74,4 Prozent
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/in	81,4 Prozent
Kapitalstock je Einwohner/in	74 Prozent
Lohnstückkosten gesamtwirtschaftlich	102,7 Prozent
betriebliches F-u.E-Personal	6,4 Prozent

(Jahresbericht 2006, S. 151, 16)

Offen bleibt, welche Mindestkriterien in einer ostdeutschen „Unterentwicklungsregion“ überhaupt erfüllt werden müssten, damit diese sich „selbst tragen“ kann. Auch der Jahresbericht 2006 setzt die bestehende schlechte Tradition also fort. Zudem vermeidet die Bundesregierung dort jede Aussage darüber, ob ein weiterer „Angleichungsprozess Ost an West“ auf der Grundlage der erwähnten volkswirtschaftlichen Kennzahlen bis 2020 realistisch oder gar gesichert ist. Gesamtwirtschaftlich sind die neuen Bundesländer in den letzten sechs Jahren nicht stärker gewachsen als die alten Länder.

Schaubild 13



Ein derartig geringes Wachstum im Osten Deutschlands schafft keine Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des Angleichungsprozesses und für die Beseitigung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit.

Das sektorale Wachstum verläuft weiterhin stark unterschiedlich zwischen dem schrumpfenden Baugewerbe mit hohen „negativen Wachstumsraten“ seit 1996 und dem Verarbeitenden Gewerbe mit deutlich positiven Wachstumsraten seit 1996, so dass die gesamte

Bruttowertschöpfung im letzten Jahrzehnt nur relativ schwach ansteigen konnte. Der Anteil der Ost-Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung der Region liegt jetzt bei 18,3 Prozent und damit immer noch wesentlich niedriger als in Westdeutschland. (Jahresbericht 2006, S. 21)

Für Ostdeutschland sieht die Bundesregierung spezifische Entwicklungsnachteile:

- einen Mangel an größeren Unternehmenseinheiten und an Hauptsitzen,
- einen relativ niedrigen Anteil an der betrieblichen Forschung in Deutschland,
- größere Schwierigkeiten bei der Fremdfinanzierung für Unternehmen,
- schwächer ausgeprägte Netzwerk- und Clusterbildungen.

Diese Feststellungen bleiben hinter den für Ostdeutschland bereits ausführlich in den letzten Jahren getroffenen strukturellen Defizitanalysen zurück, die die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* vorgenommen hat.

In Ostdeutschland dominieren Kleinst- und Kleinunternehmen, während der Anteil größerer Mittelunternehmen zu gering ist. Nach Angaben des IAB ist die Gesamtzahl der Unternehmen nach 1995 in Ostdeutschland gesunken, besonders die von Großunternehmen. Wurden für das Jahr 2001 in Ostdeutschland noch 202 Großunternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von über 1.000 gezählt (davon 27 im Verarbeitenden Gewerbe), sank diese Zahl in der Folgezeit so stark, dass sie inzwischen nicht mehr gesondert ausgewiesen wird.

Die Zahl der Unternehmen ab fünf und mehr Beschäftigten nahm zwischen 1995 und 2005 mit fast 17 Prozent noch deutlicher ab. Ihren relativen Rückstand gegenüber den Unternehmen Westdeutschlands konnten die ostdeutschen Unternehmen nicht aufholen; sie sind im Durchschnitt nach wie vor kleiner, weniger leistungsfähig und finanzschwächer. Folglich ist auch ihre Insolvenzanfälligkeit höher. Eigenständige Großunternehmen gibt es, wie erwähnt, nur sehr wenige, und

Hauptsitze großer Konzerne fehlen fast völlig. Noch immer ist die Branchenverteilung der Wirtschaftsunternehmen durch die nach 1990 entstandene Disproportionalität gekennzeichnet. Alles deutet darauf hin, dass der schwache, unzureichend gewachsene Unternehmenssektor zur Verfestigung Ostdeutschlands als unterentwickelte Region maßgeblich beigetragen hat.

3.3 Zur Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland

Seit 1996 beläuft sich die Zahl der Unterbeschäftigten auf etwa 2,5 Millionen Personen.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH 2006a, S. 169) hat eine Analyse zur Arbeitsmarktbilanz Ost (ohne Berlin) vorgelegt: Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) ging zwischen 2003 und 2006 um ca. 300.000 Personen zurück. Hiervon ausgehend, reduzierte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland in den letzten vier Jahren um ca. 270.000. Die Arbeitslosenquote für 2006 betrug 19,2 Prozent; in jenem Jahr kamen auf eine offene Stelle zehn Arbeitslose.

Problematisch für die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland ist es, dass der jüngeren Generation ein geregelter Einstieg in das Erwerbsleben in allen neuen Bundesländern verwehrt bleibt. Nach Berechnungen von Eurostat ist die Arbeitslosenquote der „Erwerbspersonen unter 25 Jahre“ in Ostdeutschland seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gestiegen.

Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der Erwerbspersonen in den neuen Bundesländern um 16 Prozent abnehmen, also ca. drei Mal so stark wie in den alten Bundesländern. „Seit 1990 ging die Zahl der Kinder im Vorschulalter fast auf die Hälfte zurück, die Zahl der Schulpflichtigen sank um ein Sechstel und die der jungen Erwachsenen (20-26 Jahre) um knapp ein Viertel“, stellt der Jahresbericht der Bundesregierung 2006 fest (S. 28).

Das IAB kam Ende 2005 zu dem niederschmetternden Ergebnis: „Unter ‚Status-quo-Bedingungen‘ ist mit einem weiteren Rückgang des

*Tabelle 5: Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen in Prozent
2000 und 2005*

Land	2000	2005
Deutschland	8,4	15,5
Brandenburg	16,4	22,4
Mecklenburg-Vorpommern	12,1	20,9
Sachsen	12,8	20,5
Sachsen-Anhalt	13,1	23,4
Thüringen	11,2	19,3

Quelle: Eurostat, Datenbank

Arbeitskräftebedarfs im Osten um eine Million Personen im Zeitraum von 2005 bis 2020 zu rechnen.“

Diese Tendenz weiterer Arbeitsplatzverluste in den neuen Bundesländern wird durch den dort zu verzeichnenden noch stärkeren Rückgang des Arbeitskräfteangebots abgeschwächt, wie das IAB feststellte: „Der Rückgang der Unterbeschäftigung in Ostdeutschland geht dagegen mit einer starken Abnahme des Arbeitskräfteangebots und des Arbeitskräftebedarfs einher. Dadurch gerät Ostdeutschland in einen Teufelskreis aus geringeren Finanzeinnahmen, geringeren Infrastrukturinvestitionen, sinkender Attraktivität und ständig abnehmender Einwohnerzahl. Für viele Betriebe stellt sich die Existenzfrage. Für Investoren beeinträchtigt ein Mangel an jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften die Attraktivität des Standorts. Der projizierte Rückgang der Unterbeschäftigung setzt voraus, dass der künftige Bedarf an Arbeitskräften auch in der Anforderungsstruktur in qualifikatorischer Hinsicht gedeckt werden kann. Diese – in der Projektion des Arbeitskräftebedarfs implizit enthaltene Annahme – könnte in Zukunft nicht mehr erfüllt sein und damit die Wirtschaft vor ernsthafte Probleme stellen.“ (S. 4)

3.4 Zur Haushaltsmisere in Ostdeutschland

Die Wachstumschancen der neuen Bundesländer werden zunehmend durch die sich verschärfende Finanzlage der Landeshaushalte beschnitten, die bereits zwischen 2006 und 2010 zu erwarten ist und sich in den offiziellen Dokumenten zur mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierungen niederschlägt. Danach wird vorrangig ein Rückgang der Einnahmen der Landeshaushalte erwartet, hauptsächlich infolge der rückläufigen jährlichen Netto-Neuverschuldung und der ab 2008 sinkenden Sonder-BEZ aus dem Solidarpakt II. Verstärkt wird dieser Effekt durch die Ausgabenbelastung infolge immer noch hoher und sogar steigenden Zinsen. Diesen Mindereinnahmen und Belastungen steht mittelfristig eine weiterhin stark unterdurchschnittliche originäre Steuerquote (an Ausgaben) gegenüber. Die ausgabenseitige Konsolidierung im konsumtiven Sektor ist daher perspektivisch als offizieller Hauptweg für die Länderhaushalte vorgesehen. Es wird vor allem im personellen und konsumtiven Ausgabenbereich an starken Kürzungen gearbeitet.

Die Aufnahme von Netto-Neuverschuldungen wird laut mittelfristiger Finanzplanung in den ostdeutschen Bundesländern schrittweise von 3.434 Mio. Euro (2005) auf 375 Mio. Euro (2010) reduziert. Während die neuen Bundesländer z.B. ihre jährliche Neuverschuldung zwischen 2006 und 2009 auf 30,5 Prozent absenken wollen, folgt der Bundeshaushalt nur mit einer Senkung auf 61,1 Prozent in diesem Zeitraum. Dies zeigt, um wie viel stärker der „Konsolidierungszwang“ allein auf diese Komponente der mittelfristigen Finanzplanung für die neuen Bundesländer wirkt. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wollen spätestens bis 2010 ihre jährliche Netto-Neuverschuldung auf Null abgebaut haben, wobei Sachsen zeitlicher Vorreiter ist.

Aus den rückläufigen Neuverschuldungen und den parallel noch ansteigenden Zinslasten sowie aus den ab 2008 reduzierten Mitteln aus dem Solidarpakt II (Korb 1) ergeben sich gegenüber 2005 in der Summe folgende weitere „Konsolidierungsanforderungen“ für die Haushalte der neuen Länder:

Tabelle 6: Effekte aus Neuverschuldung, Zinsen und Solidarpakt II*

	2006	2007	2008	2009	2010	2006- 2010
	Mio. Euro					
Mindereinnahmen bei neuen Krediten	233	909	1.734	2.489	3.059	8.424
+ Noch ansteigende Zinszahlungen	174	-27	150	260	322	879
= „Konsolidierungsbedarf Schulden“	407	882	1.884	2.749	3.381	9.303
+ Minderungen aus Solidarpakt II zu 2007 *	-	-	124	704	1.325	2.153
= Gesamt	407	882	2.008	3.453	4.706	11.456

* eigene Rückrechnung (ohne Berlin) und eigene Zusammenstellung

Der gesamte Umfang der Minderungen für die Ausgabenseite der Haushalte beläuft sich damit auf 4,7 Mrd. Euro allein für das Jahr 2010. Im gesamten mittelfristigen Planungszeitraum beläuft sich diese Minderung kumulativ auf bis zu 11,5 Mrd. Euro und übertrifft damit im Vergleich die absoluten Haushaltsausgaben von Sachsen-Anhalt für 2006. Die niedrigen Steuerdeckungsquoten bis 2010 spiegeln die sich verschärfende Haushaltslage der neuen Bundesländer wider.

In letzter Zeit mehren sich die öffentlichen Stimmen, die Kritik an der Verwendung der Solidarpakt II-Mittel der Bundesländer in Eigenregie üben, nachdem sie „sinnwidrig“ für konsumtive Zwecke verwendet wurden. Von 8,5 Mrd. Euro der für 2005 bereitgestellten Fördermittel wurden 3,2 Mrd. Euro angeblich nicht korrekt ausgegeben, wie Kritikerinnen und Kritiker hervorheben. Übergangen wird zumeist, dass einige Landesregierungen nicht immer imstande waren, die zwingend erforderliche Kofinanzierung aus Landesmitteln für eine investive Verwendung anzubieten. Zudem stellten Investoren in

Bezug auf die Kreditbürgschaften oft zu hohe Forderungen an die Länder. Dieses Problem tangiert wiederum die weiterhin viel zu niedrigen eigenen Steuerdeckungsquoten hinsichtlich der Ausgaben – eine Dauerfolge des mit etwa 70 Prozent weiterhin zu geringen regionalen Produktivitätsniveaus je Einwohnerin und Einwohner gegenüber Westdeutschland. Statt diese Ursache der ostdeutschen Haushaltsmisere zügig zu beseitigen, versucht die Finanzpolitik, durch eine ausgabenseitige „Konsolidierung“ der Haushalte und eine zwangsläufige Reduktion der regionalen Kaufkraft investive Impulse zu erzeugen – makroökonomisch ein absehbar kontraproduktives Unterfangen für den regionalen Binnenmarkt.

3.5 Demografische und regionalökonomische Perspektiven

Besorgnis erregend ist die Prognose der Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern, wie sie in der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zum Ausdruck kommt. Es wird geschätzt, dass die Einwohnerzahl in den fünf neuen Bundesländern von 13,4 Mio. (2004) auf 11,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2020 sinken wird.

Die Bevölkerungsentwicklung wandelt sich zwar langfristig überall in Deutschland; eine demografische Katastrophe entfaltet sich jedoch zuerst in den neuen Bundesländern. Ganze Regionen werden der Verödung preisgegeben. Großstädte verlieren innerhalb weniger Jahrzehnte bis zur Hälfte ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.

In der gegenwärtigen Debatte, die die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Bundesrepublik über die „tickende demografische Zeitbombe“ führen, sind vor allem zwei Punkte bemerkenswert: Einerseits wird der ostdeutsche Geburtenausfall in den zurückliegenden Jahrzehnten beklagt, doch Politik und Unternehmen sind nicht in der Lage, diesem zahlenmäßig vermeintlich zu geringen Nachwuchsgesicherte Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Andererseits wird die jetzt auf Arbeitssuche befindliche junge Generation es sich

mehrmals überlegen, ob sie angesichts der Erfahrungen dieses Jahrzehnts künftig überhaupt Kinder aufziehen soll. Wer lautstark und ununterbrochen die sich abzeichnende Entwicklung in Ostdeutschland beklagt, sollte heute handeln und der jungen Generation nicht die wirtschaftliche und soziale Zukunft verbauen.

Die dramatischen Auswirkungen einer sich stetig verringernden Wohnbevölkerung im Osten Deutschlands sind nicht zu leugnen. Mit der geringeren Kaufkraft schrumpft der hiesige Binnenmarkt, aber auch dessen subregionale Differenzierung. Der zu schwache Exportanteil der regionalen Wirtschaft kann das nicht ausgleichen. Damit sinken die Chancen für eine forcierte Wachstumsdynamik in den neuen Bundesländern. Sozialer und infrastruktureller Rückbau breiten sich großflächig aus. Der Abriss von 175.000 leer stehenden Wohnungen erforderte bereits erhebliche Länder- und Bundesmittel.

Hoffnungen, künftig noch mehr leistungsstarke Industrie-Cluster entwickeln zu können, werden in Ostdeutschland zunächst enttäuscht. Das IWH (2006b, S. 329) stellte in einer neuen Untersuchung fest: „Von den 30 Regionen mit den größten Beiträgen zur absoluten Zunahme des Bruttoinlandsprodukts sind 28 in Westdeutschland und zwei in Ostdeutschland (Dresden und Berlin) gelegen.“ Eine generelle Hoffnung auf den Durchbruch mittels besonders leistungsfähiger Cluster hin zum weiteren Angleichungsprozess ist illusionär, solange das für Hochleistungs-Cluster gültige Verhältnis 28 zu 2 zugunsten von Westdeutschland nicht deutlich verschoben werden kann.

Die Anzahl der für die Raumordnung derzeit unterschiedenen ostdeutschen Subregionen beträgt 23, aber nur in 14 von ihnen lässt sich wenigstens ein Ökonomischer Entwicklungskern (OEK) identifizieren. 10 Subregionen kommen auf mehr Entwicklungskerne – die allerdings „zu einem großen Teil auf eher traditionelle Branchen bezogen sind“, wie das IWH in seiner Studie zur ostdeutschen Raumentwicklung (2006a, S. 245/246) konstatierte.

Das IWH konnte vorerst keine aussichtsreichen Begründungen für eine subregionale, gezielte Clusterförderung von Branchen erarbeiten und spricht lediglich von „Ausgangspunkten für nötige weitere Erhebungen sowie für Diskussionen über die regionale wie sachliche

Veränderung der Politik für den weiteren ‚Aufbau Ost‘“ (IWH 2006a, S. 249).

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (BIB) stellte 2006 zusammenfassend fest: Die Kommunen bleiben bei sinkenden Einnahmen auf hohen Kosten einer häufig überdimensionierten Infrastruktur sitzen und können vielerorts nur durch weitere Verschuldung ihre laufenden Ausgaben decken. Am schlimmsten trifft es Sachsen-Anhalt, wo die Hälfte aller 20 deutschen Kreise mit den schlechtesten Wertungen liegt. Hohe Zukunftsrisiken lasten fast flächendeckend auf Sachsen-Anhalt.“ (BIB, 2006, Kurzfassung, S. 4) In 13 Kreisen ermittelte besonders negative demografische und ökonomische Trends verteilen sich im Verhältnis elf zu zwei auf die neuen und die alten Bundesländer (BIB, 2006, Langfassung, Schaubild S. 17).

Die dramatische Abwanderung junger Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern wurde lange Zeit nur als willkommenes Ventil für überschüssige Arbeitspotenziale gewertet – doch die ökonomischen und sozialen Langzeitwirkungen verdeutlichten inzwischen die damit wachsenden innerdeutschen Ambivalenzen. „Ein Verlust an qualifizierten Arbeitskräften führt zu einer wirtschaftlichen Abwärts-spirale. Denn trotz einer hohen Arbeitslosigkeit mangelt es im Osten an Fachkräften. Und wo kein qualifizierter Nachwuchs ist, siedeln sich auch keine Firmen an. Ein überwiegender Teil der Arbeitslosen ist bereits über 55 Jahre alt, unter den jungen haben überdurchschnittlich viele keinen Schulabschluss. Bis 2010 wird sich die Zahl der Schulabgänger nochmals halbieren, da dann die geburtenschwachen Nachwende-Jahrgänge ins Ausbildungsalter kommen.“ (BIB, Newsletter vom 9.11.2006)

3.6 Forderungen an die Wirtschaftspolitik

Im letzten Jahresbericht 2006 der Bundesregierung wird die Forderung nach einer neuen Investitionsoffensive in Ostdeutschland wie folgt beschworen: „Heute und in Zukunft geht es besonders um ausländisches Kapital.“ (S. 11) Während also das deutsche Kapital durch

die politisch geförderte Kaufkraft-Einengung des Binnenmarktes in einer gewaltigen Exportoffensive ins Ausland gelenkt wird – ein Effekt, der die Situation auf dem Binnenmarkt durch die drastische Mehrwertsteuererhöhung noch weiter verschärfen wird –, ruft man gleichzeitig nach Auslandskapital für Ostdeutschland. Dieser eklatante Widerspruch zeigt, dass die neoliberalen Rahmenbedingungen die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung „einschnüren“. Die schon mehrfach erhobene Forderung der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, die gegenwärtigen hemmenden Rahmenbedingungen zu modifizieren, erweist sich erneut als richtig.

Es gibt eine Alternative zur praktizierten Wirtschaftsstrategie. Statt einer defizitären regionalen Handelsbilanz, wie sie derzeit anzutreffen ist, ist eine aktive ostdeutsche Handelsbilanz vonnöten. Dies ist jedoch nur bei expandierenden Binnenmärkten und rasch steigender Binnennachfrage denkbar. Marktsponatan wird dies nicht in Gang kommen, wie viele Wirtschaftsexpertinnen und -experten bestätigen.

Ein Ausweg aus dieser Lage erscheint schwierig, längerfristig aber nicht unmöglich. „Eine erfolgreiche Strategie könnte zum Beispiel darin bestehen, die investiven Transferleistungen gezielt aufzustocken, mit der erklärten Absicht, ostdeutschen Unternehmen in Zukunftsbranchen (regenerierbare Energien, Biotechnologie usw.) einen Wettbewerbsvorteil zu schaffen. Hierzu wäre ein gesamtstaatlich finanziertes Investitionsprogramm erforderlich, getragen von dem politischen Willen, den Osten nach vorn zu bringen. Eine Verstärkung des investiven Teils der Transfers ist jedoch nur möglich, wenn der Gesamtumfang der Leistungen erhöht wird.“ (Busch 2006, S. 25/26) Eine Aufstockung der investiven Transferleistungen ab 2009 deckt sich zwar mit der entsprechenden Forderung im *Memorandum 2006*, wird jedoch von der Bundesregierung jedoch bisher nicht in Erwägung gezogen.

Der Ausweg aus dem Dilemma der ostdeutschen Wirtschaft besteht nicht, wie es die neoliberalen Konzepte der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik vorsehen, in einem Konkurrenzkampf gegen die westdeutschen Konzerne um längst besetzte Märkte. Klaus von Dohnanyi erklärte: „Nur wenn der Aufbau Ost, wenn seine finanziellen, so-

zialen und politischen Probleme endlich wieder im Mittelpunkt stehen, werden wir auch in der Lage sein, uns endlich strategisch dieser unbewältigten Aufgabe wirklich zu stellen. [...] Es ist höchste Zeit für eine neue Politik.“ (in: Bahrmann/Links 2005, S. 330f.) Unter den hemmenden neoliberalen Rahmenbedingungen des Fiskus ist ein Kurswechsel jedoch nicht zu erwarten.

Ein strategischer Neuansatz der Entwicklungspolitik für Ostdeutschland muss innovative Technologien für noch erweiterbare oder unbesetzte Märkte berücksichtigen. Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe müssen einen Kernpunkt dieser Entwicklungsrichtung bilden, die durch eine gelenkte wirtschaftsnahe Struktur- und Förderpolitik konsequent auszugestalten ist. Aber eine euphorische Überbewertung der Marktchancen für die ostdeutsche Industrie im Zuge der EU-Osterweiterung ist nicht realistisch, wie auch Expertinnen und Experten einschätzen.

Eine solche Position bedeutet letztlich, die gesamtdeutschen Entwicklungschancen für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen zu sichern, aber innerhalb dieser Politik die ostdeutschen Besonderheiten qualitativ stärker zu beachten und konstruktiv einzubeziehen. Die ostdeutsche Unterentwicklungsregion bleibt sonst permanent das größte „Armenhaus“ Deutschlands.

Literatur

- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2006): Die demografische Lage der Nation. Studie. Kurzfassung: http://www.berlin-institut.org/berlin-institut_studie_2006.pdf, Langfassung, München
- Bundesregierung (2006): Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2006, Berlin (<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2006/09/Anlagen/2006-09-27-jahresbericht-stand-deutsche-einheit-pdf,property=publicationFile.pdf>)
- Bahrmann, Hannes/Links, Christoph (Hrsg.) (2005): Am Ziel vorbei – Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin
- Busch, Ulrich/Mai, Karl/Steinitz, Klaus (Hrsg.) (2006): Ostdeutschland zwischen Währungsunion und Solidarpakt II, Berlin
- Busch, Ulrich (2006), in: Berliner Debatte Initial, Heft 4/2006

IAB (2005): Kurzbericht Nr. 24/2005

IWH (2006a): Ökonomische Entwicklungskerne in ostdeutschen Regionen. Forschungs-Sonderheft 5/2006

IWH (2006b): WiW, Heft 11/2006